

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite
Rückblick auf das Jahr 1914	1	
Wirtschaftliche Rundschau	3	
Statistik und Volkswirtschaft. Die Arbeitslosigkeit im November 1914. — Die russische Industrie im Kriege	4	
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Die Schweizerischen Gewerkschaften im Krieg	6	
		Kongresse. Die 34. Jahresversammlung des amerikanischen Arbeiterbundes 6
		Gewerbegerichtliches. Der Ausschuss des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte 8
		Hierzu: Adressen-Beilage Nr. 1.

Rückblick auf das Jahr 1914.

Die gegenwärtige Jahreswende bildet ein Bünktchen, ein Inselchen im Strome kriegerischer Ereignisse, deren Ausgang vorläufig noch nicht abzusehen ist. Kein Mensch weiß, ob wir jetzt im Mittelpunkt stehen, ob wir uns dem Ende des Krieges nähern oder noch in den Anfängen längerer Kriegsjahre stecken. Nur eins wissen wir, daß wir durchhalten müssen und durchhalten werden, daß unser Vaterland durch keine Ueberzahl von Feinden, durch keine Ueberlegenheit der Waffen und durch keine Aushungerung unterzukriegen ist. Dieses Selbstvertrauen stützt sich nicht allein auf die Stärke unserer Seeresmacht, auf ihre gute Organisation, Ausbildung und Disziplin, sondern vor allem auf die Vaterlandsliebe, in der alle Deutschen ohne Ausnahme einig sind und bereit, für dessen Verteidigung jedes Opfer zu bringen. Mag der Krieg noch Monate oder Jahre dauern, er wird das Volk eher fester zusammenschweißen und seine Kräfte ins Ungedehnte wachsen lassen. Die Hoffnung, daß Deutschland in diesem Ringen schließlich doch noch unterliegen wird, mögen die Feinde getrost aufgeben — eher würden sie selbst verbluten und in den Staub sinken. Deutschland ist es, das am kräftigsten aus diesem Weltkrieg hervorgehen wird!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung konnte sich natürlich den gewaltigen Einflüssen dieses Weltkrieges nicht entziehen. Zunächst schien es, als ob sie ein Opfer des Krieges werden sollte. Ihre Reihen und Formationen wurden durch die Aushebungen stark gelichtet, ihre bankmäßig belegten Vermögensbestände durch die ernste Krisis auf dem Geldmarkt unverfügbar, Hunderttausende ihrer Mitglieder durch die hereinbrechende Arbeitslosigkeit haltlos gemacht und dadurch die Steuerkraft der Gewerkschaften nahezu abgeschnitten. Aber es ist den deutschen Gewerkschaften nicht gegeben, eine solche passive Rolle zu spielen. Inmitten der Zeitereignisse, die ein bewußtes einmütiges Handeln zur gebieterischen Pflicht machen, hat jede große Organisation etwas vor allen ungebundenen Kräften voraus. Die Gewerkschaften waren die ersten, die sich der Aufgabe zur Verfügung stellten, das schwer erschütterte Wirtschaftsleben neuzugestalten und die Not der heimischen Bevölkerung zu lindern. Es war nichts

Leichtes, die deutsche Volkswirtschaft „auf den Kriegsfuß“ zu bringen. Die Ausfuhr war jäh abgeschnitten, die Einfuhr zahlreicher, für die Industrie unentbehrlicher Rohstoffe gehemmt, das Verkehrsweesen durch den Mobilmachungstransport lahmgelegt, der Geldmarkt stark erschüttert und die Lebensmittelpreise durch Transportbeschwerden, sinnlose Angst und schamlose Ausbeutung in die Höhe getrieben. Die zurückgelassenen Familien der ins Feld berufenen Mannschaften bedurften der Beratung, die Arbeitslosen der tatkräftigen Hilfe und die amtlichen Stellen, die berufen waren, aus diesem heillosen Wirrwarr eine übersichtliche Kriegsorganisation herauszugestalten, der Unterstützung.

Die Gewerkschaften haben sich den Anforderungen der Zeitereignisse durchaus gewachsen gezeigt. Sie haben die Arbeitsvermittlung für Erntearbeiten und Befestigungsarbeiten schaffen helfen, — sie haben den Kriegerfamilien die erste Hilfe gespendet, bis der gemeindliche und staatliche Apparat sicher wirkte, — sie waren unermülich in der Durchsetzung öffentlicher Maßnahmen, den Verkehr von seinen militärischen Schranken zu befreien, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und die Produktion zu heben. Sie haben für Notstandsarbeiten gesorgt, sind dem Lebensmittelmacher unerbüchlich entgegengetreten und haben den Erlaß von amtlichen Preisfestsetzungen herbeigeführt. Ihre Großtat aber ist die nachhaltige Unterstützung der Arbeitslosen und ihr energisches Wirken für gemeindliche und staatliche Arbeitslosenunterstützung, das heute wohl allenthalben, wenn auch hier und da noch zögernd, anerkannt wird. Die Gewerkschaften haben auf diesem Gebiete die Vorarbeit geleistet, freilich nicht erst seit dem Beginn der Kriegsnot, — sie haben die Arbeiter zur wirtschaftlichen Selbsthilfe erzogen und mustergiltige Versicherungseinrichtungen geschaffen, die jetzt mit der öffentlichen Unterstützung Hand in Hand arbeiten. Ihre besondere Bedeutung hat diese Arbeitslosenhilfe der Gewerkschaften dadurch erlangt, daß sie den Arbeitern ermöglichte, sich leichter neuen beruflichen Anforderungen anzupassen und die moderne Kriegswirtschaft, die auf den Bedürfnissen der Landesverteidigung und der Volksernährung beruht, rascher als es sonst erwartet werden konnte, entwickeln zu helfen. Sie hat es damit erreicht, daß die Arbeitslosigkeit, die nach der amtlichen Statistik

Hilfskraft, Gewerkschaft sucht 324.
 Jahresstatistik der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate, Jnr 72, 188.
 Leser des Corr.-Bl., Für die 556.
 Quittungen der Generalkommission über Quartalsbeiträge 24, 72, 132, 180, 252, 276, 332, 420, 452, 500, 552.
 Stellvertretung in Berlin gesucht 228.
 Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten: Abrechnungen 80, 236, 291, 364, 500; Jahresbericht 289; Anmeldungen 56, 80, 92, 156, 164, 180, 308, 356, 364, 428.
 Verbandsexpeditionen, Für die 80, 164, 196, 372, 384, 492, 516, 540.

Literarisches.

„Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland 461, 477, 485.
 Ernährung in der Kriegszeit 55*.
 Fünfundzwanzig Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung 1890—1915 500.
 Jungvolk-Kalender 1915 92.
 Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte 482.
 Kriegsbuch, Ein gewerkschaftliches 537*, 550*.
 Kriegsliteratur 347*, 355*, 363*, 370*.
 Militärhinterbliebenengesetz 476*.
 Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund 219*.
 Parteizusammenbruch? 188*.
 Zeitschriftenchau: „Die Glocke“ 436.

*

Neuer erschienene Bücher und Schriften 116, 180, 252, 260, 268, 324, 356, 364, 372, 540, 551.
 Davon:
 Generalkommission 252, 500, 552.
 Deutsche Verbände 116, 180, 323, 540.
 Kartelle, Sekretariate 252, 540.
 Bezirkskartelle 260.
 Ausland 260.
 Internationales 260.
 Parteiliteratur 260, 268, 540.
 Jugendliteratur 268.
 Genossenschaftsliteratur 268, 551.
 Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht 540.
 Literatur über Tarif- und Einigungsämter 268.

Literatur über Arbeiterschutz 268.
 Literatur über Arbeiterversicherung 268, 552.
 Literatur über Arbeitsvermittlung 268, 552.
 Literatur anderer Organisationen 268, 551.
 Literatur über den Krieg 324, 552.
 Literatur über Kriegsfürsorge 268, 552.
 Literatur über Rechtsfragen 372.
 Statistische Literatur 356, 552.
 Volkswirtschaftliche Literatur 552.
 Technische Literatur 364.

Anhang.

(Die Statistischen Beilagen tragen schräge Seitenziffern.)

I. Statistische Beilagen.

1. Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1913	1
2. Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1913	29
3. Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913	49
4. Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1914	85
5. Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1914	125
6. Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1914	149

II. Adressen-Beilagen.

(Die Adressen-Beilagen tragen schräge, fette Seitenziffern.)

Agitationskommissionen	1, 12, 26, 31.
Arbeitersekretariate	1, 12.
Bezirks-Arbeitersekretariate	1, 12, 35.
Generalkommission	11.
Gewerkschaftshäuser	21, 28.
Gewerkschaftskartelle	2, 13, 27, 36.
Gewerkschaftspresse	22.
Internationale Gewerkschaftssekretariate	10, 33.
Landescentralen der Gewerkschaften	1.
Sozialdemokratische Partei, Landes- und Bezirksvorstände	24.
Sozialistische Presse	23.
Vorsitzende der Centralverbände	10, 25.

III. Arbeiterrechts-Beilagen.

(Siehe das Spezial-Inhaltsverzeichnis im Anhang.)

der Fachverbände am Ende des ersten Kriegsmonats von 2,7 Proz. (Juli) auf 22,4 Proz. angeschwollen war, Ende November bereits wieder auf 8,3 Proz. zurückging und am Jahreschlusse wahrscheinlich noch etwas weiter vermindert wurde. Nur eine geistig und organisatorisch hochentwickelte Arbeiterkraft wie die deutsche war fähig, diese kolossalen Umwälzungen der Produktion so rasch und glatt zu überwinden, wie es in den ersten vier Kriegsmonaten zu verzeichnen war.

So sind die deutschen Gewerkschaften, weit davon entfernt, durch den Krieg an die Wand gedrückt und zermalmt zu werden, als ein überaus tätiges Glied mitten in die Kriegsereignisse hineingestellt worden und sie haben sich dank ihrer gesunden Organisation derart bewährt, daß heute kein Zweifel darüber besteht, daß sie den Krieg auch überdauern und nach Beendigung desselben sich noch kräftiger und wirkungsvoller entwickeln werden.

Wie anders haben sich doch in diesen wenigen Kriegsmonaten die Dinge gestaltet? Als das Jahr 1914 begann, standen wir vor großen Kämpfen, weniger mit den Unternehmerverbänden, desto mehr aber mit der Staatsgewalt, die das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter ganz offensichtlich mit Einschränkungen bedrohte. Gewerkschaften wurden als politische Vereine erklärt, ihre Versammlungen überwacht und aufgelöst, das Streikpostenstehen beharrlich verfolgt und Prozesse über Prozesse gegen die Gewerkschaftsleiter eingeleitet. Zu gleicher Zeit stieg die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat bedrohlich an und bürdete den Gewerkschaften ungeheure Opfer auf; aber umsonst verhallte ihr Ruf nach staatlicher Arbeitslosenhilfe, nur einige wenige Gemeinden konnten sich der Notwendigkeit öffentlicher Arbeitslosenversicherung nicht dauernd ganz verschließen. In dieser Situation gestaltete sich der Neunte Gewerkschaftskongress in München zu einer gewaltigen Kundgebung für die Notwendigkeit der Arbeitslosenfürsorge und für die Verteidigung der Volksrechte. Schwere Auseinandersetzungen mit den öffentlichen Gewalten schienen bevorzustehen. Schon rechnete man mit der Wiederkehr einer neuen Reaktionsperiode entsprechend der Ära der alten Vereinsgesetze und der längst verscharrten Zuchthausvorlage. Man war auf Verurteilungen, Organisations-schließungen und Abwehrkämpfe gefaßt und die politischen Spannungen in der Arbeiterklasse stiegen zusehends.

Die Schüsse von Serajewo, die am Tage nach Schluß des Gewerkschaftskongresses fielen, gaben diesen Spannungen im Nu einen veränderten Hintergrund. Drohend zog die Kriegsgefahr am politischen Horizont auf, gegen die sich die Arbeiterschaft aller Länder wie ein Mann erhob. Ihr Protest war vergebens. Die Mächte, die den Weltkrieg wollten, waren stärker als die Völker, die ihn zu verhüten suchten, und mit unwiderstehlicher Gewalt rollten die Kriegswürfel über die europäische Landkarte dahin. Da blieb der Arbeiterklasse nichts anderes mehr übrig, als das Land, das ihre Heimat, das Volk, dem sie entstammen, zu verteidigen und von dem unmittelbaren Schrecken des Krieges nach Möglichkeit freizuhalten. Einmütig fügte sie sich in das Volksganze ein, das sich zur Abwehr aller äußeren Feinde erhob, einmütig bewilligten ihre Vertreter die geforderten Kriegskredite und ebenso einmütig unterordnete sie sich allen Maßnahmen, die dem Interesse der Landesverteidigung dienten. Ja, sie ging darüber noch ein gutes Stück hinaus: durch die Einstellung

aller wirtschaftlichen Kämpfe gegen das Unternehmertum bezeugte sie die hohe Auffassung, die ihr die gemeinsame Verteidigung des Vaterlandes einflößte. Der Feind sollte kein durch inneren Streit zerrissenes Deutschland vor sich sehen, sondern ein einzig Volk von Brüdern, das sich in der Stunde der Not und Gefahr nicht trennt noch zerfleischt. An die Stelle der Streiks und Aussperrungen trat der wirtschaftliche Burgfrieden, dem der politische im Kampfbereich der Parteien auf dem Fuße folgte. Es muß anerkannt werden, daß die führenden Kreise der Unternehmerorganisationen von der gleichen Auffassung durchdrungen waren und auch demgemäß handelten. Sie willigten ein, während des Krieges an den geltenden Vereinbarungen und Tarifen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern nicht rütteln zu lassen und die durch die Kriegsnot geschaffene Ungunst der Wirtschaftslage nicht zum Nachteil der Arbeiter auszunutzen, sondern diese Nachteile möglichst zu verringern. Auf dieser Basis gemeinsamer Achtung des Gemeinwohls war auch eine weitergehende Verständigung über gemeinnützige Förderung beruflicher Interessen, wie die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften zur Beschaffung von Aufträgen für Arbeitgeber und Arbeit für Arbeiter, keine Unmöglichkeit mehr. In den graphischen Gewerben, im Holz- und Baugewerbe, im Tapeziergewerbe sind solche Arbeitsgemeinschaften eingegangen worden, getragen von dem beiderseitigen ernstem Willen, den gefährdeten Gesamtinteressen des Berufes zu dienen. Was aus diesen Schöpfungen nach dem Kriege werden wird, steht heute nicht in Frage. Aus den Bedürfnissen kriegerischer Verwicklungen geboren, erfüllen sie ihre Aufgabe so gut als ihnen nur möglich ist. Erweist es sich, daß auch nach dem Kriege sowohl ein Bedürfnis für solche gemeinsamen Berufsinteressen, als auch auf allen Seiten das notwendige Verständnis für die Erspriechlichkeit solcher Betätigung vorhanden ist, dann werden sie wohl in der einen oder anderen Form bestehen bleiben. Ueberwiegen aber dann wiederum die Sonderinteressen und die feindseligen Stimmungen, dann sind sie nicht zu halten. Wir hoffen indes, daß wenigstens die beruflich-paritätische Arbeitsvermittlung gestärkt aus diesen Arbeitsgemeinschaften hervorgehen werde. Wenn es auch nur auf diesem einen Gebiete zu einem dauernden gleichberechtigten Zusammenwirken käme, so wäre das noch immer ein erfreulicher Gewinn.

Größeren Erwartungen dürfen wir auf sozialpolitischem Gebiete entgegensehen, da der Krieg nicht allein eine glänzend bestandene Probe auf die günstigen volkswirtschaftlichen und volkshygienischen Wirkungen der deutschen Sozialpolitik brachte, sondern auch das sozialpolitische Empfinden des Volkes allgemein gekräftigt hat. Staatliche Zwangsmaßnahmen, die vor wenigen Monaten noch völlig indiskutabel erschienen wären, werden heute nicht nur willig übernommen und ertragen, sondern von der Öffentlichkeit einer zögernden Regierung immer dringender nahegelegt. Das private Interesse erscheint schon fast wie eine Versündigung am Gesamtinteresse und selbst das Privateigentum bildet heute nicht mehr ein so starkes Hindernis für soziale Maßnahmen wie ehemals. Vieles davon mag sich nach dem Kriege verflüchtigen, aber einen Niederschlag wird diese Zeit im deutschen Volksleben zurücklassen, nicht bloß in der Erinnerung an die gemeinsame Gefahr, sondern auch in der Erkenntnis der Nützlichkeit der Sozialpolitik für das Gemeinwohl. Denn nicht bloß im Kriege müssen wir stark sein, sondern auch der

künftige Frieden verlangt ein starkes und gesundes Volkstum, und was diesem die Kraft verleiht, einer Welt von Feinden die Stirn zu bieten, das kann ihm auch in den Aufgaben des Friedens nur förderlich, nicht aber hinderlich sein.

Vor allem dürfen wir erwarten, daß aus der Arbeitslosenfürsorge der Kriegszeit sich eine dauernde, wohlgeordnete Arbeitslosenversicherung entwickeln wird, die die Erfahrungen der ersten Krisis nicht in den Wind schlägt, sondern sich in erster Linie angelegen sein läßt, die Selbsthilfe der Arbeiter in ihren Organisationen zu berücksichtigen und ihr einen hervorragenden Platz in der künftigen öffentlichen Versicherung einzuräumen. Wir rechnen darauf, daß die in der Stunde gemeinsamer Gefahr geschaffenen Einrichtungen nicht leichter Hand wieder preisgegeben werden, sondern daß sie zum Ausgangspunkte dauernder Werke des Friedens gemacht werden.

Ob diese Erwartungen begründete sind, wird freilich in erster Linie von der künftigen Stellung der Regierung und öffentlichen Gewalten zur Gewerkschaftsbewegung überhaupt und zum Koalitionsrecht im besonderen abhängen. Daß das Unternehmertum die Gewerkschaften auch künftig mit nicht allzu freundlichen Gefühlen betrachten wird, erscheint schließlich verständlich, denn die wirtschaftlichen Interessengegensätze sind vorhanden und nicht dauernd zurückzuhalten. Es wird also auch künftig wohl nicht ganz ohne Streiks und Ausperrungen abgehen, aber sollte künftig die Verständigung leichter möglich und die gegenseitige Anerkennung und tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse häufiger werden, so würden wir uns dessen freuen. Anders betrachten wir die Stellung der Regierung zur Gewerkschaftsfrage, die seither hauptsächlich von der Befürchtung geleitet war, die freien Gewerkschaften möchten sich als ein ernsthaftes Hindernis für die nationale Verteidigung erweisen, wie auch die Sozialdemokratie als „Reichsfeindin“ betrachtet wurde. Diese Befürchtungen sind in sich zusammengebrochen; weder die Sozialdemokratie noch die freien Gewerkschaften haben das deutsche Vaterland und Volk in der Gefahr im Stiche gelassen, sondern ihren Platz in der nationalen Verteidigung eingenommen wie jeder andere Teil der Bevölkerung. Das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ hat auch der deutsche Reichskanzler an offizieller Stelle feierlich übernommen und sich mehrfach für seine Ausführung verbürgt. Er versprach für seinen Teil dafür mitzuwirken, daß es auch nach dem Kriege nur mehr Deutsche geben dürfe. Man kann daraus ungezwungen den Verzicht auf jede Art ausnahmsgefehrlicher Maßnahmen gegen einzelne Bevölkerungsklassen herauslesen. Man wird aber auch nicht zu weit gehen mit der Deutung, daß auch die ausnahmsweise Handhabung des gemeinen Rechts, die bedrohliche Auslegung gegen gewisse politische oder wirtschaftliche Interessenvertretungen ein Ende haben müsse und daß von einer Verschärfung der Gesetze gegen die Arbeiterbewegung nicht mehr die Rede sein kann. Nicht minder liegt in der Verheißung, daß es nach dem Kriege nur mehr Deutsche geben dürfe, die Anerkennung des Anspruchs auf völlige Gleichberechtigung auf politischem wie rechtlichem Gebiete, und wir dürfen wohl erwarten, daß man auch in den verantwortlichen Kreisen der Regierung während des Krieges mit seinen ungeheuren Opfern an Gut und Blut einsehen gelernt hat, daß dieser Anspruch ohne Aufschub

erfüllt werden muß. Von da bis zur Erfüllung einzelner politischer Programme ist zwar noch ein weiter Weg, auf dem es genug der Kämpfe geben wird. Aber es kann dem Vaterlande nur nützlich sein, wenn diese Kämpfe rein sachlich zwischen Deutschen auf dem Boden völliger Gleichberechtigung ausgetragen werden und der politische Streit nicht durch Entrechtungen und Entehrungen vergiftet wird.

Wenn wir uns von dem scheidenden Jahre mit diesen tröstlichen Ausblicken trennen möchten, so wollen wir doch auch der großen Opfer gedenken, die es allen Volkstreffen, nicht zuletzt auch der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung gekostet hat. Noch sind die Tausende ungezählt, die der Krieg aus unseren Reihen dahingerafft hat und jeder neue Tag fügt neue Tausende hinzu. Ihnen allen, die die Erde der Heimat und des fremden Landes deckt, haben wir zu danken für das Opfer ihres Lebens, nicht minder den Hunderttausenden von Verletzten für die Wunden, die sie um unserwillen erlitten. Mögen die Ströme von Blut, die dieser Krieg zum Fließen brachte, dazu beitragen, einen baldigen, ehrenvollen und dauernden Frieden zu gewährleisten und künftige Kriege dieser Art zwischen Kulturvölkern überhaupt unmöglich zu machen. Die Erkenntnis, daß die Austragung von Völkerverwit durch gewalttätige Vernichtung von Menschenleben, von Kulturgütern und kulturellen Verkehrsbeziehungen der Menschheit weder würdig noch nützlich sei, muß sich aus diesen Massenopfern erheben und Allgemeinut aller Nationen werden. Wir wagen kaum zu hoffen, daß dieser Krieg der Letzte sein werde, aber für das Ziel, den Krieg zu beenden, werden wir unermüdet und mit Einsetzung aller unserer Kräfte wirken.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bewegung des Reichsbankdiskonts und des deutschen Geldmarktes — Vergleich mit dem Ausland — Die Wiedereröffnung der Londoner Börse — Reichsdarlehnstasse.

Zwei Tatsachen der allerjüngsten Zeit kennzeichnen die verhältnismäßige wirtschaftliche Ruhe und Zuvorsicht des Jahreschlusses im Vergleich zu der Aufregung und Unsicherheit des Kriegsbeginnns: die Herabsetzung des deutschen Reichsbankdiskonts am 23. Dezember und die Wiedereröffnung der Londoner Börse vom 4. Januar ab.

Der Jahresabschluss ist normalerweise eigentlich der Zeitraum des angeschwollensten Zahlungsmittelbedarfes und damit der Bankanspannung und der Zinsfußsteigerung. Aber wir leben schon seit Jahren, wesentlich unter dem Druck politischer Vorgänge, in so außergewöhnlichen Verhältnissen, daß die Diskonthöchstsätze zuletzt meist in einem viel früheren Jahresabschnitt erreicht waren. 1909 trat seit 11. Oktober (5 Proz.), 1910 seit 26. September (5 Proz.) keine Diskontveränderung bis nach der Jahreswende mehr ein, während 1913, nach dem Abflauen des Wirtschaftsaufschwunges und nach der Zerstreuung der Balkanwolken (10. August Unterzeichnung des Bukarester Friedens, 29. September Friede von Konstantinopel) der 27. Oktober sogar eine Herabsetzung von 6 auf 5½ und der 12. Dezember nochmals ein Herabgleiten von 5½ auf 5 Proz. brachte. Nur das Jahr 1912, in dessen Sommer und Herbst der albanische Aufstand und alsdann der Krieg zwischen den verbündeten Balkanstaaten und

der Türkei mit seinen Gefahren für Gesamteuropa begonnen hatten, brachte am 24. Oktober die Steigerung von 4½ auf 5 Proz. und alsdann nochmals am 14. November von 5 auf 6 Proz. Das laufende Jahr 1914 setzte die Erleichterung des Jahreschlusses 1913 zunächst noch fort: am 22. Januar erfolgte eine Diskontermäßigung von 5 auf 4½ Proz., am 5. Februar weiter von 4½ auf 4 Proz.; die Wirtschaftsansprüche waren relativ gering, die Friedenszuversicht wurzelte sich fester ein. Der Weltkrieg zog alsdann die scharfe Trennungslinie: der 31. Juli brachte den Satz von 5, der nächstfolgende Tag bereits von 6 Proz.

Die fast ununterbrochene Festigung der Reichsbank während der Kriegsmonate ist hier mehrfach geschildert worden. Es genügt deshalb der nochmalige Hinweis, daß das Institut am 31. Juli, bei Ausbruch des Krieges, über einen Goldbestand von 1253 Millionen Mark verfügte, dagegen am 23. Dezember, dem Tage des letzten Ausweises, von 2075,481 Mill. Mk. Die reine Golddeckung der Noten (Umlauf am 23. Dezember 4431,6 Millionen Mark) betrug demnach zuletzt 46,8 Proz., die gesamte Pardeckung nach § 17 des Bankgesetzes (Gold, sonstige Metall, Noten anderer Banken, Kassenscheine) 64,8 Prozent, während die pflichtmäßige Mindestdeckung, allerdings unter andersgedachten Voraussetzungen, mit „einem Drittel“ im Bankgesetz festgesetzt ist. Mit 5 Proz. hat die Reichsbank nunmehr den offiziellen Bankfuß von London sowohl wie Paris erreicht, während beide Plätze im Durchschnitt sonst beträchtlich niedriger als Berlin zu stehen pflegen (Jahresdurchschnitt Berlin-London-Paris 1909 3,93 = 3,10 = 3,00, 1910 4,35 = 3,72 = 3,00, 1911 4,40 = 3,47 = 3,14, 1912 4,95 = 3,37 = 3,38, 1913 5,88 = 4,97 = 4,00). Mit Ausnahme des welthandelsternen Madrid (4½ Proz.) und der gleichgestellten Schweiz und Amsterdam (5 Proz.) gibt es demnach gegenwärtig in Europa nur noch Bankcentren und Centralbanken mit höherem Diskontsatz: nämlich Wien, Lissabon, Kristiania und die italienischen Plätze mit 5½ Proz., Brüssel, Stockholm, Kopenhagen, Petersburg und Warschau mit 6 Proz. Das überraschend feste Gefüge der deutschen Wirtschaftsorganisation prägt sich zweifellos in diesen Vergleichnissen aus.

Großen internationalen Geldübertragungen und Geldentziehungen, die sonst bei einer solchen Abstufung der Diskontsätze vielleicht zu erwarten gewesen wären, hat der Krieg selber ein Ende bereitet. Ferner fällt die Inanspruchnahme des deutschen Geldmarktes durch die Börsenspekulation fast ganz hinweg, so daß auch in dieser Richtung ein Wetterwinkel weniger vorhanden ist. Der umsichtige und verdienstvolle Reichsbankpräsident Havenstein schloß deshalb, nach dem „Reichsanzeiger“, seine Begründung vor dem Centralausschuß: „Diese ganze Gestaltung der Verhältnisse läßt, zumal die Börse geschlossen ist, erwarten, daß auch die Ansprüche zum Ultimo sich innerhalb erträglicher Grenzen halten werden. Wir glauben deshalb, trotz des ungewöhnlichen Zeitpunktes, der deutschen Wirtschaftsarbeit nunmehr eine Erleichterung und eine weitere Hilfe für die Ueberwindung der aus dem Kriege erwachsenen Schwierigkeiten bieten zu dürfen, vertrauen aber, da die Dauer des Krieges nicht zu übersehen und eine besonnene und zielbewusste Schonung und Zusammenhaltung unserer Kräfte vielleicht noch lange nötig sein wird, auch darauf, daß diese Maßnahme nur in diesem Sinne verstanden und nicht zum Ausschlag werden wird, irgendwie eine spekulative

Ausnützung der Mittel und des Kredites der Reichsbank zu versuchen. Für Geschäfte und Bestrebungen, die nicht der wirtschaftlichen Wiedererholung des deutschen Volkes und dem Ziel dienen, alle Kraft für die rüchhaltige Durchführung des Krieges zusammenzufassen, ist heute und noch für lange Zeit kaum Raum, und ihnen würde die Reichsbank sich unweigerlich verweigern und mit allen Kräften entgegenreten.“

Die Wiedereröffnung eines geregelten öffentlichen und allseits zugänglichen Marktes für Wertpapiere aller Art in England wäre, als Anzeichen für die wirtschaftliche Wiedererholung und Widerstandsfähigkeit jenseits des Kanals, gleichfalls nicht zu unterschätzen. Nur sind die Einschränkungen dabei so scharf getroffen, daß von einem freien Börsenhandel noch immer kaum gesprochen werden kann. Zunächst ist der Markt gänzlich „gegen den Feind“ verschlossen, so daß Realisierungen seitens des Auslandes überhaupt kaum denkbar sind, da ein Comité für die Papiere fremder Regierungen und für andere internationale Börsenwerte Mindestpreise festzusetzen hat, die ohne Einwilligung des Schatzamtes nicht weiter herabgesetzt werden können. Es dürfen ferner nur Papiere gehandelt werden, die seit dem 30. September ununterbrochen in britischen und seit Ausbruch des Krieges nicht in feindlichem Besitze waren. Um planmäßige spekulative Wachsenschaften einzudämmen, müssen alle Geschäftsabschlüsse gegen bar durchgeführt und amtlich verzeichnet werden. Junge, nach dem 4. Januar in Umlauf gekommene Wertpapiere sollen nur nach ausdrücklicher Billigung des Schatzamtes gehandelt werden dürfen. Der ganze Versuch läuft also vorläufig im wesentlichen darauf hinaus, den schon länger im englischen Besitz befindlichen Papieren eine gesicherte Unterkunft und leichtere Uebertragungsmöglichkeit zu gewähren.

Da mit dem Reichsbankdiskont auch der Zinsfuß der Reichsdarlehnskasse um 1 Proz. (von 6½ auf 5½ Proz.) fallen soll, so würde in Deutschland auf anderem Wege und mehr mittelbar etwas Ähnliches angebahnt sein: zwar keine leichtere Verkauflichkeit der Wertpapiere, wie bei offenem Börsenverkehr, wohl aber eine leichtere Beleiherbarkeit, die Beschaffung von Geld nicht gegen Veräußerung, sondern gegen Verpfändung der Wertobjekte.

Berlin, 29. Dezember 1914.

Max Schippel.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit im November 1914.

Die amtliche Statistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden verzeichnet für den Monat November einen abermaligen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Auf je 100 Mitglieder der Gewerkschaften entfielen am Ende

	1914	(gegen 1913)
Juli	2,7	2,9
August	22,4	2,8
September	16,0	2,7
Oktober	10,9	2,8
November	8,3	3,1
Dezember		4,8

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit macht sich gegenüber dem Vormonat besonders in der Papierindustrie und in den polygraphischen Gewerben bemerkbar, aber auch in den Industrien der Steine und Erden, Holz- und Schnitzstoffe, Textil-, Maschinenbau und Metallverarbeitung, Leder-, Bekleidungs- und

Nahrungs- und Genussmittel und Handels- und Transportgewerbe ist ein Rückgang zu verzeichnen, während das Baugewerbe eine leichte Anschwellung der Arbeitslosigkeit zeigt. Man wird diese erfreuliche Besserung der Lage sowohl der Wirkung der Kriegswirtschaft als auch der öffentlichen Arbeiten zuschreiben dürfen. Aber sicherlich befundet sich in diesen Zahlen auch ein wachsendes Vertrauen zur deutschen Volkswirtschaft und zur Sicherheit des Erfolges der deutschen Waffen. Immerhin war die Arbeitslosigkeit noch fast dreimal so hoch als im selben Monat des Vorjahres, und die Mahnung, daß die Arbeitslosenfürsorge nicht erlahmen möge, ist daher dringend am Platze.

Die russische Industrie im Kriege.

Als im Dezember 1905 in ununterbrochen steigender Kette revolutionärer Schläge der Petersburger Arbeiter-Delegiertenrat die berühmten Beschlüsse faßte zur Erschütterung der Finanz- und Wirtschaftsmacht des zarischen Regimes, schien es, daß die Katastrophe unvermeidlich heranbrechen müsse. Aber die Widerstandskraft des kapitalistischen Staates gegenüber dem Anprall des revolutionären Proletariats erwies sich größer, als man es sich vorher denken konnte.

Beim Ausbruch des gegenwärtigen Krieges meinte man, daß das ganze Wirtschaftsleben Rußlands und insbesondere seine junge Industrie gewaltigen Erschütterungen entgegenstehe, daß ein Zusammenbruch unmittelbar bevorstehe. Und doch haben sich die Erwartungen als unbegründet erwiesen, das Wirtschaftsleben geht seinen Weg weiter und, wenn sich dessen Formen den geänderten Umständen anpassen, so kann doch von tiefen Erschütterungen bis zurzeit gar nicht gesprochen werden.

Zur Beurteilung der Wirtschaftslage im Kriege wurden zwei Enquêtes veranstaltet. Die erste, vom Moskauer Industriellenverband herrührend, erstreckte sich auf die sich um Moskau gruppierenden Industriezweige, die vor dem Kriege etwa 150 000 Arbeiter beschäftigten. Die am 1./14. September vorgenommene Zählung hat ergeben, daß Fabrikbetriebe mit 15,2 Proz. der früheren Arbeiterzahl unbeeinflusst vom Kriege in vollem Umfange weiterarbeiten. Betriebe mit 3,9 Proz. der Arbeiter stellten die Arbeit gänzlich ein. Eine Produktionseinschränkung mußten einführen Betriebe mit 79,6 Proz. der Arbeiter, während andere Betriebe, die 1,3 Proz. der angeführten Gesamtzahl der Arbeiter beschäftigten, ihre Tätigkeit erweiterten und zur Anstellung neuer Kräfte schreiten mußten.

Nun hat das Handelsministerium ebenfalls eine Enquete in die Wege geleitet. Diese wurde dadurch, daß das Material von den Fabrikinspektoren gesammelt war, zum getreuen Bild der wirklichen Lage der Fabrikindustrie. Die Enquete erstreckte sich nur auf das europäische Rußland (also ohne Kaukasus) mit Ausnahme von Polen, das als Kriegsschauplatz ausscheiden mußte. Der Berichtstag war der 1./14. Oktober, das heißt 2½ Monate nach dem Kriegsausbruch.

Von der Gesamtzahl der Arbeiter (2,1 Millionen), die der Aufsicht der Fabrikinspektion unterstellt sind, umfassen die jetzt veröffentlichten Daten der Umfrage Fabrikbetriebe, deren Arbeiterzahl vor dem Kriege 1 466 810 war. Mit hin geben die so gewonnenen Resultate Aufschluß über die Gesamtsituation der Industrie im europäischen Rußland. Wir erfahren daraus, daß Betriebe mit 46 590 Arbeitern (3,2 Proz. der ermittelten Arbeiterzahl) vollständig

geschlossen waren, für Betriebe mit 544 060 Arbeitern (37,2 Proz.) traten Produktionseinschränkungen ein. Unternehmungen mit 88 380 Arbeitern (6 Proz.) erweiterten dagegen ihren Betrieb und wiesen am Zählungstage 150 438 beschäftigte Arbeiter auf. Auf Fabrikbetriebe, die rund 786 000 Arbeiter (das ist 53,6 Proz. der ermittelten Gesamtzahl der Arbeiter) beschäftigten, übte der Krieg keine Wirkung aus, und sie setzen nach wie vor in vollem Umfange ihre Tätigkeit fort. Es muß berücksichtigt werden, daß die Aushebungen der Reservisten und Landstürmer in manchen Zweigen (z. B. Bergbau) große Lücken gerissen haben, so daß der Ersatz schwer zu bewerkstelligen war. Immerhin macht sich die Arbeitslosigkeit ziemlich stark fühlbar, da das gesteigerte Arbeitsangebot der Frauen und der Flüchtlinge aus westlichen Provinzen stark in die Waagschale fällt. Die verhältnismäßig günstige Beschäftigung verdankt die Industrie an erster Stelle dem gewaltigen Bedarf der Heeresverwaltung, die also auch in Rußland als mächtiger Regulator des Wirtschaftslebens auftritt. Andererseits schuf die Ausschaltung der polnischen Industrie, die mit der russischen Industrie sonst auf dem Binnenmarkte konkurriert, eine Art Monopolstellung für die eigentliche russische Produktion.

Polen hat 4 Hauptzentren der industriellen Tätigkeit: das Dombrowaer Kohlenbecken, Lodzer Textilrayon, Kutnoer Zuckerindustrie und Warschau als Mittelpunkt der Maschinen-, Metall-, Holz- und Lederindustrie, der chemischen und Parfümerie- und Galanteriewarenindustrien. Durch die gleich im Anfange des Krieges erfolgte Besetzung des Dombrowaer Beckens durch deutsche Truppen wurde der gesamten polnischen Industrie ein schwerer Schlag zugefügt. Mit der Erweiterung der Operationsbasis der kämpfenden Armeen wurden sämtliche Industriezweige lahmgelegt. Für die russische Industrie bedeutet dieser Zustand an sich einen Gewinn. Sämtliche in Polen vertretenen Industriezweige sind auf Rußland als Absatzmarkt angewiesen (was die Ursache der Russenfreundlichkeit der polnischen Hochbourgeoisie ist, bezeugt aber dort, wie bereits erwähnt, der einheimischen Konkurrenz, die durchweg gleichartige Waren erzeugt).

Die Heereslieferungen und der Wegfall der polnischen Konkurrenz sind die Ursachen also, dank denen die russische Industrie einen verhältnismäßig günstigen Arbeitsgang im Kriege fortsetzen kann. Wie aus den Antworten auf die Umfrage zu ersehen ist, werden als Gründe der Produktionseinschränkungen angegeben: Mangel an Rohstoffen, Arbeitermangel, Mangel an Kohlen, Verkehrsunterbrechungen und -störungen, Geldschwierigkeiten und Fehlen der Nachfrage. Rußland ist für den Bezug vieler Waren auf das Ausland angewiesen. Das Fehlen dieser Waren, all der Maschinen, Rohmaterialien usw. schafft für das Wirtschaftsleben Erschwerungen, zu deren Beseitigung die maßgebenden Kreise alle Anstrengungen machen.

Die Großindustrie will glauben lassen, daß sie jeglichen Anforderungen gewachsen sei. Ein Aufruf der Moskauer Kaufmannschaft appelliert an die Bevölkerung, deutsche Waren und Erzeugnisse zu boykottieren und dadurch Rußland auf immer von der ökonomischen Unterjochung durch Deutschland zu befreien. Die in diesem Aufruf offenbarte Feindschaft speziell gegen die deutsche Industrie erklärt sich dadurch, daß Deutschland rund 50 Proz. aller von Rußland benötigten ausländischen Waren einführt. Die russische Industrie bekommt aber neue

Die Zunahme beträgt 24 667. Die Mitgliederzahl im letzten Monat des Verwaltungsjahres ist diesmal nicht angegeben. Am Schlusse des Verwaltungsjahres 1913 gehörten den angeschlossenen Gewerkschaften 2 054 526 Mitglieder an.

Von den 110 zum Arbeiterbund gehörigen Zentralverbänden hatten 1914 64 eine um insgesamt 90 627 höhere Mitgliederzahl als 1913; bei 23 Verbänden ergab sich gar keine Veränderung und bei 23 anderen Verbänden trat ein Mitgliederrückgang um insgesamt 64 277 ein. Die selbständigen Lokalvereine hatten einen Mitgliederverlust von 1683; am Schluß des Berichtsjahres gehörten diesen Vereinen 27 194 Mitglieder an.

Das Sekretariat des Arbeiterbundes erhielt von 70 Zentralverbänden und einigen Lokalvereinen Angaben über Arbeitseinstellungen, welchen zufolge insgesamt 957 Streiks und Aussperrungen mit 131 324 beteiligten Arbeitern vorkamen. Von den Streiks und Aussperrungen endeten 543 vollkommen erfolgreich, 118 teilweise erfolgreich, 60 erfolglos und 236 waren bei Berichtschluß noch unbeeendet. Die Zahl der Arbeiter, die durch die Streiks usw. Erfolg erzielten, war 74 350. Die Kosten der eigenen Arbeitskämpfe bezifferten sich auf 4 280 306 Dollar und für Unterstützung anderer Organisationen wurden 109 204 Dollar aufgewendet.

Für Sterbegeld verausgabten im letzten Verwaltungsjahr 69 Verbände und mehrere selbständige Lokalvereine 2 214 516 Dollar, an Krankengeld zahlten 29 Verbände und einige Lokalvereine 1 031 098 Dollar aus, die Kosten der Reiseunterstützung betragen in 3 Verbänden 54 405 Dollar, die Kosten der Arbeitslosenunterstützung in 10 Verbänden 99 025 Dollar und 3 Verbände gewährten für Werkzeugversicherung 3278 Dollar. Bei manchen Verbänden sind dabei nur die centralisierten Unterstützungen, bei anderen jedoch auch die Ortsunterstützungen in Betracht gezogen. Eine ansehnliche Zahl von Verbänden unterließ, wie in den Vorjahren, die Berichterstattung über die Unterstützungsstellen.

In Bezug auf den Krieg gibt der Vorstand des Arbeiterbundes in seinem jüngsten Bericht kund, daß er nach wie vor den gleichen pazifistischen Standpunkt vertritt; er spricht auch die Ueberzeugung aus, daß lediglich mit Beschlüssen zugunsten des Friedens nie der Völkerrfriede wirklich erreicht werden könne. Bei den kommenden Friedensverhandlungen würden die Vereinigten Staaten, als die einzige nicht in den Konflikt verwickelte große Nation, eine wichtige Rolle zu spielen haben. — Ein an die Gewerkschaftscentralen seitens des Arbeiterbundes versandtes Rundschreiben, das als Anfang positiver Friedensarbeit die Unterstützung des Vorschlages auf einjährige Einstellung der Rüstungen zur See empfahl, wurde zustimmend beantwortet von den Gewerkschaftscentralen in Oesterreich, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Großbritannien und Frankreich.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung erzielte der amerikanische Arbeiterbund im letzten Jahre mit der Annahme des neuen Anti-Trustgesetzes einen bedeutenden Erfolg, denn dieses neue Gesetz, für dessen Erlaß der Arbeiterbund tätig war, erklärt, daß die menschliche Arbeitskraft nicht als Ware gelten dürfe, und daß die gegen die Trusts gerichteten gesetzlichen Bestimmungen nicht auf Gewerkschaften und Bauernorganisationen angewendet werden dürfen. Der Entwurf der Novelle zum Anti-Trustgesetz ist auf Seite 647 des „Corr.-Bl.“,

Jahrgang 1914, behandelt. In der Hauptsache sind die dort angegebenen Bestimmungen Gesetz geworden, obzwar im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen gewisse Änderungen des Textes vorgenommen wurden.

Das Bundesparlament beschloß auch ein Gesetz betreffend den Achtstundentag für Arbeiterinnen im Bundesbezirk Kolumbien und in das Gesetz über Kohlenländereien im Territorium Alaska wurde ebenfalls eine Achtstundenklausel aufgenommen. Da den einzelnen Staaten der Union die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten durch die Verfassung vorbehalten ist, so ist es für das Bundesparlament schwer, Arbeiterschutzbestimmungen für die ganze Union zu erlassen; um dies tun zu können, muß es sich immer um Angelegenheiten des zwischenstaatlichen Verkehrs handeln. Auf dieser Basis soll nun der Versuch gemacht werden, auf die Arbeitsdauer der Kinder Einfluß zu nehmen: Es wurden dem Senat wie dem Abgeordnetenhaus Gesetzentwürfe vorgelegt, welche den zwischenstaatlichen Verkehr mit solchen Waren zu verbieten beabsichtigen, an deren Herstellung Kinder beteiligt waren, die eine längere als täglich achtstündige Arbeitszeit hatten.

Der Arbeiterbund trat energisch für die Annahme des Gesetzes über die „Bildungsprüfung“ der Einwanderer ein; im Abgeordnetenhaus wurde dieses Gesetz schon am 5. Februar 1914 angenommen, aber im Senat scheint der Einfluß der Transportunternehmungen und der Großindustriellen stärker zu sein als der des Arbeiterbundes, so daß mit dem Verbot der Einwanderung von Analphabeten vorläufig noch nicht zu rechnen ist.

Der Bericht des Vorstandes des Arbeiterbundes zählt noch eine Menge anderer Gesetzbilanzen auf, für deren Annahme im Verwaltungsjahre 1914 gewirkt wurde.

Der vom Gewerkschaftskongreß zu Seattle (1913) gemachte Vorschlag betreffend ein besseres Zusammenwirken der Gewerkschaften bei Streiks und Aussperrungen fand nicht die erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Zentralverbände.

Einen breiten Raum nehmen im Vorstandesbericht des Arbeiterbundes auch diesmal wieder die Grenzstreitigkeiten ein.

Von den wichtigeren Beschlüssen des Kongresses sind folgende zu erwähnen:

Der Vorstand des Arbeiterbundes solle alle Mittel anwenden, die ihm zur Verfügung stehen, um für immer die Stückarbeit aus allen Regierungsbetrieben zu bannen. Der Vorstand wird beglückwünscht, weil es ihm gelungen ist, die Nebel des sogenannten Taylorsystems aufzudecken usw.

Der Arbeiterbund tritt für einen Ruhetag in jeder Woche ein, doch lehnt er es ab, einen bestimmten von den sieben Tagen als Ruhetag zu bevorzugen.

Die angeschlossenen Verbände sollen es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, die körperliche Untersuchung zu verweigern, wenn sie von den Unternehmern in der Folge des Erlasses von Unfallentschädigungsgesetzen gefordert wird. (Die körperlichen Untersuchungen erschweren vielen Arbeitern, Beschäftigung zu finden; überdies bieten sie den Unternehmern Gelegenheit, mit weiblichen Personen schamlos zu verfahren.)

Der Bundespräsident Wilson wurde aufgefordert, die im Staat Colorado gelegenen Bergwerke von Rockefeller und Konsorten so lange durch Regierungsorgane verwalten zu lassen, bis Garantie gegeben ist, daß die Rechte der Bevölkerung

Konkurrenten, da von allen Seiten Nachrichten bestätigt werden, daß die Vereinigten Staaten sowohl wie England die Situation ausnutzen und Anstrengungen durch Konsulatsvertretungen sowie kaufmännische Agenten usw. machen, um Verbindungen anzuknüpfen und Absatzmöglichkeiten zu erobern. Auch die schwedische Industrie, für die die Frage der Erweiterung ihres ausländischen Absatzes in den letzten Jahren recht brenzlich wurde, ist bestrebt, für sich aus der Situation in Rußland einen Nutzen zu ziehen.

Ob die gegenwärtige Lage der russischen Industrie fortauern wird, läßt sich nicht beurteilen, da dies von verschiedenen Ursachen, worunter die völlige Unterbindung der Ausfuhr der Agrarzeugnisse die wichtigste ist, in starkem Maße abhängt. Aer.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter zählte Mitglieder

Mitglieder	in Arbeit	arbeitslos	erwerbsunfähig	im Meer
am 9. Dez.	5 412	3 772	300	1 229
am 17. "	6 416	2 807	300	1 231

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ widmet dem verstorbenen Verbandssekretär Karl Majjatich einen ehrenden Nachruf, der die kollektiven und organisatorischen Verdienste des Dahingegangenen würdigt, und berichtet eingehend über die Trauerfeierlichkeiten bei der Einäscherung der Lebereste und die Gedächtnisrede des Verbandsvorsitzenden Schlick.

Die schweizerischen Gewerkschaften im Kriege.

Ueber die Wirkungen des Krieges auf die Gewerkschaften hat das Sekretariat des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes eine statistische Darstellung veröffentlicht, die folgende Ergebnisse aufweist. Von den 21 Verbänden, die dem Gewerkschaftsbund angehören, fehlen in der Statistik nur 2, nämlich die der Bauarbeiter und der Hutmacher. Die übrigen 19 Verbände hatten Ende Juli 1914 zusammen 85 250 Mitglieder, Ende September 1914 58 792, also um 26 593 weniger. In den Militärdienst mußten 22 593 Mitglieder einrücken, 11 964 Mitglieder waren ganz, 15 769 teilweise arbeitslos.

Sämtliche 19 Verbände haben in den beiden Kriegsmonaten Mitglieder verloren, verhältnismäßig am meisten der Friseurgehilfenverband, dessen Mitgliederzahl von 174 auf 46 zurückging. Bei den Malern und Gipfern erfolgte ein Rückgang von 2200 auf 550, Metallarbeitern von 16 500 auf 9000, Uhrenarbeitern von 16 000 auf 12 000, Lithographen von 1062 auf 650, Holzarbeitern von 7167 auf 3400, Lederarbeitern von 1120 auf 626, Lebens- und Genussmittelarbeitern von 6162 auf 3800, Steinarbeitern von 969 auf 470, Schneidern von 1797 auf 947, Buchbindern von 1020 auf 903, Handels- und Transportarbeitern von 1533 auf 844, beim Typographenbund von 3896 auf 2823, bei den Zimmerleuten von 1480 auf 900. Die Gemeinde- und Staatsarbeiter erlitten nur eine Verminderung von 2510 auf 2233, die Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten von 14 700 auf 14 200 und der kleine Sonderverband der Militärschneider behielt seine Mitgliederzahl von 200 unverändert bei.

Für den Militär- und Kriegsdienst mußte der Metallarbeiterverband mit 5500 Mitgliedern die größte Zahl von allen Verbänden her-

geben; dann folgen die Uhrenarbeiter mit 4000, Holzarbeiter 2879, Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten mit 2400, Lebens- und Genussmittelarbeiter mit 1900 und die Buchdrucker mit 1075 Mitgliedern, alle anderen Verbände mit weniger als 1000.

Die meisten Arbeitslosen mit 6000 hat der Uhrenarbeiterverband; ihm reihen sich an die Textilarbeiter mit 1742, die Holzarbeiter mit 1031, Metallarbeiter mit 1000 Mitgliedern; alle anderen Verbände weisen kleinere Zahlen bis zu 2 bei den Frisuren auf, während die Gemeinde- und Staatsarbeiter, Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten und die Militärschneider gar keine Arbeitslosen hatten.

Nur teilweise beschäftigt waren 6000 Metallarbeiter, 4000 Uhrenarbeiter, 1308 Textilarbeiter, 1077 Buchdrucker, 451 Buchbinder, 400 graphische Hilfsarbeiter, 200 Lithographen, 122 Zimmerleute, 120 Handels- und Transportarbeiter, 85 Steinarbeiter und 6 Friseure.

In der Stadt Zürich, die die bedeutendste lokale Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz hat, waren Ende Juli 13 300 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden, am 31. August nur noch 7587. Einberufen waren 5956, voll beschäftigt 4855, teilweise beschäftigt 1021, arbeitslos 1705, abgereist 82. Die meisten Arbeitslosen mit 409 hatte das Buchgewerbe, dann folgen das Baugewerbe mit 356, Holzindustrie mit 348, Metall- und Maschinenindustrie mit 259 und die Bekleidungsindustrie mit 211. Im Monat September blieb der Arbeitsmarkt in der Stadt Zürich ziemlich unverändert, im Oktober stellte sich eine kleine Besserung ein, indem 300 bis 350 Personen mehr beschäftigt wurden. Für den Monat November wird aber eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit über ihren Stand von August und September befürchtet.

Mit heißer Sehnsucht wünscht man die Wiederherstellung und Sicherung des europäischen Völkerfriedens!

Z.

Kongresse.

Die 34. Jahresversammlung des amerikanischen Arbeiterbundes

wurde vom 9. bis 21. November 1914 zu Philadelphia abgehalten. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Samuel Gompers wurden Begrüßungsansprachen gehalten von Rudolf Blankenburg, dem Bürgermeister von Philadelphia, W. S. Ulrich, dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, J. Richie, dem Vorsitzenden des Baugewerkschaftsrates und J. S. Maurer, dem Vorsitzenden des Staatsverbandes der Gewerkschaften von Pennsylvania. Der Mandatprüfungsausschuß berichtete, daß 358 Delegierte anwesend waren, die 92 Zentralverbände, 18 Lokalvereine, 22 Staatsverbände, 70 Gewerkschaftskartelle und 7 befreundete Organisationen vertreten. Begrüßungstelegramme langten ein vom Arbeitsminister Wilson in Washington, der später selber an einer Sitzung teilnahm, sowie von Legien und Cudegeest aus Amsterdam. Die auszugswise Verlesung des Vorstandsberichts nahm den größeren Teil der Nachmittagsitzung vom 9. November in Anspruch.

Dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß die angeschlossenen Gewerkschaften im Verwaltungsverfahren 1914, das mit dem 30. September schloß, volle Jahresbeiträge für 2 020 671 Mitglieder zahlten, während im vorangegangenen Jahre 1 996 004 vollzahlende Mitglieder verzeichnet wurden.

des Staates gewahrt werden und bis der Friede im Streitgebiet hergestellt ist. (Die vom Präsidenten Wilson vorgeschlagenen Bedingungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks in Colorado, der so viel Aufsehen verursachte, wurden wohl von den Arbeitern, nicht aber von den Unternehmern angenommen.)

Die Arbeiterorganisationen sollen ununterbrochen darauf hinwirken, daß der Ausschluß der Analphabeten von der Einwanderung Gesetz wird, besonders deshalb, weil nach dem Kriege eine starke Einwanderung von den betroffenen Ländern nach den Vereinigten Staaten einsetzen werde, denn viele werden auf diese Weise einer weiteren Katastrophe zu entgehen trachten. Die Annahme der Einwanderungsresolution erfolgte einstimmig.

Durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten soll die Beseitigung des scheußlichen Zustandes angestrebt werden, welcher in der Beschäftigung weißer Arbeiterinnen durch Asiaten besteht. (Angeblich ist die Sittlichkeit der Arbeiterinnen bei den Asiaten besonders bedroht; in Wirklichkeit liegt wohl auch diesem Beschluß Rassenhaß zugrunde, von dem zum Völkerhaß nur ein kleiner Schritt ist, und was Völkerhaß anrichten kann, merken wir jetzt recht deutlich.)

Zur Beilegung von Grenzstreitigkeiten und anderen Streitigkeiten der Gewerkschaften untereinander soll ein ständiger Einigungsausschuß eingesetzt werden, dessen Mitglieder der Vorstand des Arbeiterbundes ernannt.

In namentlicher Abstimmung wurde folgende Resolution angenommen: „Der amerikanische Arbeiterbund erklärt abermals, wie in der Vergangenheit, daß Fragen der Regelung der Löhne und der Arbeitszeit durch die Tätigkeit der Gewerkschaften zu entscheiden sind und nicht zum Gegenstand der Gesetzgebung gemacht werden sollen, außer wenn es sich um die Regelung der Beschäftigung von weiblichen Personen und Kindern oder um Gesundheit und Sittlichkeit oder Beschäftigung bei Bundes-, Staats- und Stadtbehörden handelt.“ (Für diese Resolution wurden 11 237, dagegen 8107 Stimmen, berechnet nach der Zahl der vertretenen Mitglieder, abgegeben.)

Ein Antrag auf Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei wurde ohne Debatte abgelehnt.

Der Vorschlag, für jene Berufe, in welchen nicht zum Arbeiterbund gehörige Gewerkschaften bestehen, die sich dem Bund nicht anschließen wollen, Konkurrenzorganisationen zu gründen, wurde vernünftigerweise abgelehnt. Es herrscht die Ansicht vor, daß sich die Verbände, die der Landeszentrale jetzt noch fernstehen, ihr doch zur gegebenen Zeit beitreten werden.

Der Kongreß erklärte sich wieder gegen obligatorische gewerbliche Schiedsgerichte und gegen einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung solcher Gerichte.

Die Anträge, welche die Umwandlung aller Berufsverbände in Industrieverbände befürworteten, wurden debattelos abgelehnt.

Ein Antrag aus der Stadt Milwaukee, welcher bezweckte, den „Bruderschaftsdelegierten“ Internationaler Organisationen künftig den Zutritt zum Gewerkschaftskongreß zu verwehren, kam wegen seiner ungeschickten Fassung nicht zur Verhandlung; er wurde als „Instruktion“ an den betreffenden Delegierten, der ihn überbrachte, ausgelegt. — Bei der „Begrüßungsrede“ eines kirchlichen Delegierten

kam es zu stürmischen Auftritten, weil jener Herr meinte, die Gewerkschafter sollten sich dem Unternehmern gegenüber nur friedfertig benehmen und nicht ihren Standpunkt so nachdrücklich zur Geltung bringen, wie es bei manchen Streiks geschehen sei. Gompers erwiderte dem Herrn „Bruderschaftsdelegierten“, daß er selbst auf Frieden und Ordnung halte und Gewaltanwendung bedaure, daß es aber Situationen in der Arbeiterbewegung gibt, in welchen ein schwächliches Nachgeben den Forderungen der Unterdrückten gegenüber gleichbedeutend wäre mit einer Zustimmung zur Fesselung des arbeitenden Volkes.

Die im letzten Jahr amtierenden Vorstandsmitglieder wurden ohne Ausnahme wieder gewählt; den Posten des 8. Vizepräsidenten, der 1914 unbesetzt war, erhielt William Green, Sekretär und Schatzmeister des Kohlenbergarbeiterverbandes. Gegen Gompers gab nur eine kleine Zahl von Delegierten ihre Stimmen ab. — Der nächste Kongreß findet 1915 in San Francisco statt. Die in Verbindung damit geplante internationale Gewerkschaftskonferenz wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

8.

Gewerbegerichtliches.

Der Ausschuß des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmanns-Gerichte

hielt am 5. Dezember 1914 eine Sitzung in Dresden ab. Anwesend waren 19 Mitglieder. Auch in diesem kleinen Kreis hat der Krieg schon Lüden gerissen, eine dauernde: Amtsrichter Böe-Hamburg ist im Felde gefallen. Ihm widmet der Vorsitzende Herr von Schulz einen ehrenden Nachruf; für einige andere zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder sind Stellvertreter anwesend. Es erfolgte eine Zuwahl. — Die „Vermögens“-Verhältnisse des Verbandes sind bessere geworden, das ergibt sich aus dem Abschluß für 1914, der als vorläufiger mit 18 380 Mk. in Einnahme und Ausgabe schließt und beachtliche Rücklagen aufweist. Es erfolgte Abnahme und Entlastung des Geschäftsführers. Der Voranschlag für 1915 zeigt mit 18 759 Mk. in Einnahme und Ausgabe Übereinstimmung, dabei u. a. an „Autoren-honoraren“ 1700 Mk., Druckkosten insgesamt 3540 Mk., für den Verbandstagsfonds 2500 Mk. usw. in Ausgaben. Die Einnahmen sind hauptsächlich Mitgliedsbeiträge (von den Gemeinden der angeschlossenen G.- u. K.-Gerichte), Gewinnbeteiligung an der Zeitschrift, Verkauf von Druckwerken, Zinsen u. dgl. mehr.

Das lang vorbereitete und bereits vor Kriegsbeginn von Herrn Rechtsrat Wagner-Nürnberg fertiggestellte Gesamtregister für bisher erschienene Jahrgänge der Zeitschrift soll nunmehr — unabhängig von der Zeitschrift — als selbständiges wissenschaftlichen Charakter tragendes Werk sobald als möglich herausgebracht werden. Der Preis soll mäßig berechnet werden, um den Bezug in weitem Umfange auch Einzelpersonen zu erleichtern.

Weiterer Gegenstand der Beratung war „Der Verbandstag“. Derselbe sollte im September d. J. stattfinden. Die politischen Verhältnisse lassen die Durchführung sehr zweifelhaft erscheinen, deshalb beschloß der Ausschuß die Vertagung bis auf das Jahr 1916, in der Hoffnung, daß bis dahin wieder „friedliche Verhältnisse“ herbeigeführt sind.

Dresden.

Paul Starke.